

Der Freieitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Die die dem Reichsorganisationsamt beauftragte bestimmte Zeitung zur Veröffentlichung des amtlichen Bekanntmachungen der Minister- und Gemeindeführer, der Amtsgeschäfte, der Oberfinanzpräsidenten in Dresden und Leipzig, des Reichsorganisationsamtes, der Reichsorganisationsstellen Dresden und Leipzig, der Reichsorganisationsstellen Dresden, Leipzig und Chemnitz

Bezugspreis monatlich 3,40 RM. (einschl. 41 Rpfl. Postzuschlag bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. (einschl. 49,70 Rpfl. Postzuschlag (postl. 42 Rpfl. Postzuschlag). Bei Abholung in umh. Geschäftsstellen 3 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgebühres oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 210. Dienstag, 1. August 1939

Verlagsstelle II. Aufl. Dresden Nr. 17. Hauptvertrieb: am Tage der Ersch. 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. freitags 15.30 Uhr, f. d. g. Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen (GauD. Dresden), f. d. Weitzingplatz 10. Postfach Dresden 29 175. Geschäftst. 8-18, Spredg. f. d. Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonnabende. Fernruf Gesamtamt 25 901 u. 23 281

Polen sperret Wareneinfuhr aus Danzig

Schwere Ausschreitungen in Antonienhütte - Studenten beim Luftschutzdienst



Ein Bild von einer anti-englischen Kundgebung in Tientsin, bei der die mitgeführten Schriftbänder die Auflösung der Niederlassungen der westlichen Demokratien fordern (Scherl, Zaeder (K.))

Wirtschaftskrieg gegen die Freie Stadt

Drahtbericht unseres Danziger Vertreters

Zw Danzig, 31. Juli

Mit einer sadenscheinigen Begründung hat Warschau den Wirtschaftskrieg gegen Danzig eröffnet. Die polnische Regierung nahm die Frage der angeblich in Danzig in ihrer Tätigkeit „behinderten“ polnischen Zollinspektoren zum Anlaß, um Maßnahmen gegen die Einfuhr gewisser Erzeugnisse in Danzig ansässiger Firmen anzukündigen. Damit erfolgt von Warschau ein klarer Bruch der Danzig-polnischen Wirtschaftsgemeinschaft. In Danzig hat diese Verquickung rein politischer mit rein wirtschaftlichen Fragen berechtigte Empörung ausgelöst.

Auf Danziger Seite mißt man der Angelegenheit eine große Bedeutung bei. Eine Verwirklichung der polnischen Ankündigung, so erklärten maßgebende Stellen, wäre nicht nur ein Konkurs Danziger Erzeugnisse für den polnischen Absatzmarkt, sondern ein klarer Bruch der Danzig-polnischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sollte Polen

gegenüber Danziger Erzeugnissen eine Sperrgrenze aufrichten, so würde man sich in Danzig gezwungen sehen, Maßnahmen vorzuwzuzellen, die ein Gegengewicht schaffen gegenüber der willkürlichen Aufhebung des Rechtszustandes im gemeinsamen und gegenseitigen Wirtschaftsverkehr Danzig mit Polen.

Das Sündenkonto der Zollinspektoren

Polen hat zur Begründung seiner Maßnahmen die Behauptung aufgestellt, daß die vertraglichen Rechte der polnischen Zollinspektoren durch Beschränkungen geschmälert würden. Diese polnischen Behauptungen sind von Danzig eindeutig widerlegt worden mit dem Hinweis auf die sachlich ungerichtete große Zahl der polnischen Zollinspektoren und auf die nachweisbare Spionagetätigkeit eines Teiles der Zollinspektoren. Amtliche Danziger Stellen legen dazu genaues Material vor, das die folgenden festgestellten Vergehen der polnischen Zollinspektoren enthält: Deimert militärische Spionage, illegale Arbeit in der polnischen Winderbeit; Krulitowski-Muskiet wirtschaftliche Spionage, Terror und Erpressung; Kowper Wirtschaftsspionage; Mazura Fabis, Kulewski militärische Spionage; Slawojewski Widerstand gegen die Staats-

gewalt; Braun unhöfliches Verhalten gegenüber dem Reichsminister Rudolf Heß; Swida Beteiligung an der Mordtat in Kalshof; Katalinowski und Kurzik militärische Spionage; Lipinski Spionage, verächtlicher Meinungsäußerung. Die Geduld der Danziger mit diesem Treiben der polnischen „Zollinspektoren“ ist nun zu Ende!

Von 27 auf 100 Zollinspektoren

Auch zur unverhältnismäßig und unheimlich hohen Zahl der polnischen Zollinspektoren in Danzig führt die Freie Stadt genaues Material an. Während Polen 1929 nur 27 Zollinspektoren in Danzig unterhielt, beträgt ihre Zahl heute etwa 100. Dabei ging der Warenumschlag im Danziger Hafen durch die Konkurrenz Gdingens im gleichen Zeitraum von 8,5 Millionen Tonnen auf 7,1 Millionen Tonnen zurück und der Wert des Umschlages sank von 1,5 Milliarden Poln auf etwa 0,5 Milliarden Poln. Die Zahl der polnischen Zollinspektoren hätte mit Rücksicht auf diese Umstände also vermindert werden müssen, wie das auch bei den Danziger Beamten der Fall war, deren Zahl von 1282 auf 1035 sank. Statt dessen vervielfachte Polen ohne ersichtlichen Grund die Zahl der Zollinspektoren.

Der Zustand, den die polnische Regierung durch die Vergrößerung der Zahl der polnischen Zollinspektoren herbeigeführt hat, steht in kräftigem Widerspruch zu dem Wortlaut und dem Sinn der Verträge. Nach Artikel 14 des Pariser Vertrages vom 9. November 1929 soll die Danziger Zollverwaltung ausschließlich in den Händen der Danziger Beamten bleiben; der Zentralzollverwaltung ist nur das Recht einer generellen Kontrolle der Danziger Zollverwaltung eingeräumt worden. Aus dieser generellen Kontrolle hat Polen allmählich eine Kontrolle sämtlicher einzelner Abfertigungshandlungen gemacht. Dieses zeigt sich deutlich bei einem Vergleich der Danziger Oberbeamten und der polnischen Zollinspektoren. Den etwa 40 Danziger Oberbeamten stehen jetzt 100 polnische Zollinspektoren gleichen Ranges gegenüber. Das ist eine Verletzung des vertraglichen Zustandes, die von Danzig nicht widerstandslos hingenommen werden kann.

Die Danziger Regierung hat sich daher entschlossen, zur Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes die Danziger Zollverwaltung anzuweisen, die polnischen sogenannten Grenzer, die überhaupt keine polnische Ausbildung besitzen, nicht mehr als polnische Zollinspektoren anzulehen.

Blutige Straßenschlacht in Cleveland

Streikende stürmen USA.-Motorenwerk - Ein Toter und 35 Verwundete

Cleveland (Ohio), 31. Juli

Vor der Fisher-Chassis-Fabrik der amerikanischen General-Motors-Werke kam es zwischen 3000 bewaffneten Streikposten und der Polizei zu einer blutigen Straßenschlacht, wobei eine Person getötet und 35 schwer verletzt wurden.

Wenige Stunden vor den Zusammenstößen hatten kommunistische Gewerkschaftsbonzen die Streikenden ausgehört und die Parole ausgegeben, auf die Fisher-Fabrik zu marschieren, weil es in den letzten Tagen Arbeitwilligen mit Hilfe der Polizei gelungen war, den Betrieb wieder teilweise zu eröffnen. Als sich am Montagmorgen mehrere Lastkraftwagen mit Arbeitswilligen und Angestellten den Fabriktores näherten, versuchten die Streikposten, die Kraftwagen in Brand zu stecken und die Tore zu kirmen. Die Weckpolizei erwiderte den Hagel von Steinen und eisernen Wurfgeschossen mit Gasbomben und Wasserstrahlen aus Feuerwehrschräuchen und schließlich mit Gewehrfeuer.

Staatsbegrißnis für Minister Wolff

Ein Kranz des Führers

Salzburg, 31. Juli

Im Carabinieri-Saal der Salzburger Residenz fand am Montag ein feierlicher Staatsakt für den tödlich verunglückten letzten österreichischen Außenminister, Dr. Wilhelm Wolff, statt.

Mit Reichsminister Dr. Seyß-Inquart nahmen teil als Vertreter des Reichsaußenministers General der Kavallerie sowie Staatsminister Glaise-Horskenau, die Gauleiter Dr. Kainer und Dr. Jura und der stellvertretende Gauleiter von Wien, SA-Oberführer Scharizer. Reichskommissar Gauleiter Bürkel legte auf seiner Dienstreise durch Salzburg am Sarge des Verewigten einen Kranz nieder. Im Namen des Führers legte Reichsminister Dr. Seyß-Inquart einen Kranz aus Eichenlaub nieder und sprach den Angehörigen das Beileid aus.

Von der Belegschaft des Wertes streifen 7000 Mann bereits seit mehreren Wochen. Die Streikposten sind von der Gewerkschaft auf die wichtigsten Teile der Betriebe verteilt, um den gesamten Herstellungsgang der 1940er Wagenmobile zu unterbrechen und so die General-Motors-Werke möglichst empfindlich zu schädigen.

7000 Mann tschechische Regierungstruppe

Ruf 25jährige Dienstzeit verpflichtet - Generalinspektorat in Prag

Prag, 31. Juli (Eig. Meldg.)

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in Böhmen und Mähren wird eine Regierungstruppe aufgestellt. Die Genehmigung hat der Führer und Reichskanzler bei der Errichtung des Protektorats erteilt. Die Gesamstärke des Korps, dem nur Tschechen angehören, beträgt 7000 Mann, darunter 280 Offiziere. Sie sind aus den Reihen der ehemaligen tschechischen Armee ausgewählt worden.

Die Ergänzung der Bataillone geschieht durch Freiwillige, die sich zu einer 25jährigen Dienstzeit verpflichten müssen. Oberbefehlshaber der Truppe wird der Präsident, Kommandant ist der Generalinspektor mit dem Sitz in Prag. Inspektorat werden in Prag, Brünn und Königrätz errichtet, denen gemischte Bataillone in verschiedenen Garnisonen des Protektorats unterstellt sind. Die Verwaltungsangelegenheiten gehören in den Wirkungsbereich des Ministerpräsidenten.

Kenntzeichen für Böhmens Juden?

Da die Prager Regierung noch kein eigentliches Judengesetz erlassen hat und sich die Verordnung

des Reichsprotektors nur mit der Übertragung des jüdischen Eigentums befähigt hat, wurde jetzt von der tschechischen arischen Kulturgemeinde die Initiative ergriffen und der Protektoratsregierung ein Vorstoß unterbreitet, in dem dieses brennende Problem nach neuen Grundrissen gelöst werden soll.

In dem Entwurf heißt es, daß Staatsbürger des Protektorats nur Angehörige des tschechischen oder eines anderen Volkes arischen Blutes sein können. Als Juden werden alle angesehen, die von einem oder zwei jüdischen Elternteilen abstammen. Weiterhin wird als Jude betrachtet, wer von einem oder mehreren jüdischen Großeltern abstammt und von dessen Vorfahren vom 4. Glied an mehr als zwei Juden sind.

Weiterhin kann als Jude auch erklärt werden, wer nach den Grundrissen des jüdischen Glaubens lebt oder gesellschaftlich nur in jüdischen Kreisen verkehrt und die Bestrebungen der Freimaurerlogen unterstützt. Im gesellschaftlichen Verkehr soll ferner eine strenge Scheidung zwischen den Rassen festgelegt werden. Die Juden sollen, wo es das öffentliche Leben erfordert, besondere Kennzeichen erhalten.